

Finanzplatz Schweiz: Rolle und Verantwortung

Rede, gehalten in Bern an der SWIFCOB 20 zum Thema «In Biodiversität investieren»

Beat Jans,

Umweltnaturwissenschaftler, Nationalrat, Vizepräsident SP Schweiz

„Das durch menschliches Tun bedingte Aussterben beschleunigt sich weiter, und das rasant genug, um bis zum Ende des Jahrhunderts mehr als die Hälfte aller Spezies zu eliminieren“.¹ Dieses Zitat des Evolutionsbiologen Edward O. Wilson von der Harvard University bietet unfassbare Aussichten.

Sie kommen gleichzeitig mit den alarmierenden Warnungen des Weltklimarates (IPCC). Dieser stellte im Oktober 2018 fest, dass sich der Ausstoss von Treibhausgasen beschleunige und uns eine eskalierende Reihe von Klimaereignissen drohe, falls die Menschheit es nicht schaffe, den menschengeschaffenen Anstieg der Erdtemperatur bei 1,5 Grad zu stabilisieren. Eine Rückkehr zu einem Leben, wie wir es kennen, wäre dann nicht mehr möglich.²

Klimakrise und Biodiversitätsverlust schreiten gemeinsam voran. Sie schaukeln sich gegenseitig hoch. Erhitzt sich das Klima, dann brennen Wälder, sterben Korallenriffe, trocknen Feuchtgebiete aus und tauen Tundra-Böden auf. Die damit vernichteten Organismen fehlen, um CO₂ in Sauerstoff umzuwandeln und in Form von Kohlenstoff zu speichern also erhitzt sich das Klima weiter.

Zum Zusammenhang zwischen den Finanzflüssen und dem Verlust von Biodiversität kann sowohl in der Finanzbranche als auch in der Politik kaum jemand kompetent Auskunft geben. Das Thema steht erst ganz am Anfang. Wer sich interessiert für die Rolle des Geldes zum Erhalt der Lebensvielfalt kann aber beim Klimaschutz lernen. Denn, wie gezeigt, sind die Parallelen riesig die Diskussion ist im Klimabereich aber schon viel weiter fortgeschritten. Es ist zudem unbestritten, dass es nicht gelingen kann, den Artenschwund zu stoppen, wenn es nicht gelingt, die Klimaerhitzung zu bremsen. Deshalb werde ich in der Folge vor allem über Klimafragen sprechen

¹ Edward O. Wilson, «The 8 Million Species We Don't Know», The New York Times, 3. März 2018

² Intergovernmental Panel on Climate Change. «Summary for Policymakers» in Global Warming of 1.5° C: an IPCC Special Report (Genf: World Meteorological Organization 2018), S.

Benötigte Mittel vorhanden

Es war im Jahr 2006 als der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Sir Nicolas Stern, in seinem bahnbrechenden Report vorrechnete, dass sich der Klimawandel stoppen liesse, wenn die Welt etwa ein Prozent des globalen BIP für die Energiewende aufwenden würde.³ Heute, ein verlorenes Jahrzehnt später, geht er davon aus, dass bereits etwa zwei Prozent des BIP nötig wären.

Zwei Prozent des weltweiten BIP. Das sind ca. 1.7 Billionen Dollar. Zum Vergleich: 2018 erwirtschafteten die börsenkotierten Gesellschaften dieser Welt zusammen einen Gewinn der mehr als doppelt so hoch war, nämlich 4.1 Bio Dollar (IWF). Sie schütteten 1.1. Billionen davon in Form von Dividenden aus. Dividenden sind Beiträge, welche ein Unternehmen seinen Kapitaleignern gibt, um sie bei Laune zu halten. Allein mit diesen ‚Launemachern‘ für Investoren hätte man Zweidrittel des Problems lösen können.

Fehlgeleitete Finanzflüsse

Gemäss einer Übersicht der internationalen Energieagentur (IEA) hat alleine die globale Energiewirtschaft jährlich 1.85 Billionen investiert, genug also, um gemäss Stern das Problem zu lösen. Sie hat aber nur einen Viertel davon in erneuerbare und Dreiviertel in fossile Projekte investiert. Statt das Problem zu lösen vergrössert sie es ständig. Immer noch wird systematisch nach neuen fossilen Lagerstätten gesucht, werden Gas- und Ölpipelines gebaut, welche nur rentieren, wenn sie die Klimakrise beschleunigen. Denn schon heute gibt es rund fünfmal mehr Lagerstätten für fossile Brennstoffe, als überhaupt noch verbrannt werden dürfen, wenn die Stabilisierung der Erdtemperatur erreicht werden soll. Es gibt also schon heute eine Kohlenstoffblase. Trotzdem wird weiter darin investiert.

Es gibt Leute, die rechtfertigen ihre fossilen Investitionen ökologisch. Man könne als Aktionär mitwirken, dass diese Konzerne von fossilen zu erneuerbaren Strategien wechseln. Das geschieht aber kaum. Allein die grossen europäischen Öl-Konzerne. Shell, BP, Total, Eni und Equinor haben zusammen rund 90 Milliarden Dollar investiert. Aber nur 5,5 davon in erneuerbar Energie. Und dies drei Jahre nach dem Pariser Abkommen.⁴

In Biodiversität wird ebenfalls nur wenig investiert. Ein aktueller Bericht der OECD schätzt, dass etwa 39 Milliarden USD in Biodiversität fliessen.⁵ Alleine die Subventionen, welche die Biodiversität beschädigen sind über 10 Mal

³ *Economics of Climate Change The Stern Review*, Cambridge Press, 2006

⁴ The Guardian: “*Royal Dutch Shell may fail to reach green energy targets*”. 3. Jan. 2020

⁵ OECD: *Biodiversity: Finance and the Economic and Business Case for Action. Report 2019*

höher. Die Finanzflüsse gegen den Erhalt der Lebensvielfalt sind also etwa 20 Mal mehr grösser als diejenigen für deren Erhalt.

Globale Bilanz ist ernüchternd

Die Bilanz seit dem Pariser Klima-Abkommen, in dem sich alle Länder verpflichteten, dafür zu sorgen, dass die Finanzflüsse der Erreichung des 1.5 Gradzieles dienen, ist somit enorm ernüchternd. Die Geldflüsse vernichten nicht nur in hohem Tempo ökologische Werte. Sie beschleunigen die unsoziale Vermögenskonzentration über die hohen Dividendenausschüttungen an ihre Eigner. Und weil mit der Klimaerhitzung, die Naturkatastrophen zunehmen und immer mehr Infrastruktur und Produktionsanlagen zerstört werden preisgegeben, vernichten sie ebenfalls ökonomische Werte.

Die Finanzflüsse befördern heute unter keinem Titel – weder ökologisch noch sozial, noch ökonomisch - eine nachhaltige Entwicklung.

Es braucht schon sehr viel Redekunst einem besorgten Jugendlichen heute zu erklären, wie der Kapitalismus in dieser entarteten Form ohne drastische Eingriffe seitens der Politik unseren Planeten für künftige Generationen erhalten will. Ich jedenfalls verfüge nicht über die nötige Rhetorik.

Die Rolle des Schweizer Finanzmarktes ist gross

Ich wurde gebeten über die Rolle des Schweizer Finanzplatzes zu reden. Und ich sage es gleich vorneweg. Die Rolle wäre riesig. Ich betone „wäre“. Würde der Schweizer Finanzplatz sich als Vorreiter für ein klima- und artenfreundliches Anlage und Kreditgeschäft handeln. Er würde die Märkte und damit die globale Wirtschaftsentwicklung mit Sicherheit beeinflussen. Die Schweizer Bankenbranche verwaltet gemäss Swissbanking mehr als ein Viertel aller grenzüberschreitend verwalteten Vermögen. Sie ist damit die weltweite Nummer eins.

Sie verwaltet einerseits unser eigenes Geld. Wir Schweizerinnen und Schweizer haben unseren Versicherungen und Vorsorgeeinrichtungen die gewaltige Summe von rund 1.5 Bio Franken anvertraut.⁶ Auf dem Finanzplatz Schweiz werden zudem 3700 Mrd. \$ an privaten Vermögen verwaltet. Mit

⁶ Institutionelle Schweizer Anleger in CHF 2014: Pensionskassen 755 Mrd., AHV/IV/EO-Fonds 35 Mrd., SUVA 44 Mrd., Schweizerische Nationalbank 445 Mrd., Versicherungssektor 530 Mrd., Kirchen 8 Mrd., Kantone und Gemeinden 93 Mrd. (zwischen Versicherungen und Pensionskassen sind Überschneidungen möglich).

einem Volumen von 2300 Mrd. \$ aus dem Ausland stammenden Geldern ist die Schweiz der weltweit grösste Offshore-Finanzplatz⁷

Nationale Bilanz ist völlig ungenügend

Viel von diesen gewaltigen in der Schweiz verwalteten Geldern steckt in Konzernen, welche mit Erschliessung, Ausbeutung, Verarbeitung oder Nutzung von Kohlenstoff die Klimakrise und den Artentod antreiben. Schätzungen zufolge stecken heute rund 15% aller Anlagen, die sich nach den gängigen Benchmarks und Indizes orientieren, in fossilen Energien.

Auch die Nationalbank ist ein ganz grosser globaler Player. Sie hatte 2017 ca. 7,4 Milliarden Franken in die Unternehmen mit dem grössten CO₂-Ausstoss angelegt. Hätte sie diese desinvestiert und in die klimafreundlichsten Unternehmen reinvestiert, dann hätte sie die mit ihrem Aktienportfolio verbundenen Emissionen halbiert. Und sie hätte das Finanzergebnis in den Jahren (2015 bis 2017) um 20 Milliarden Franken verbessert.⁸ Doch die SNB weigert sich bis heute explizit ihr Portfolio nach Klima- oder Biodiversitätsrisiken zu gestalten.

Die über den Finanzplatz Schweiz getätigten Investitionen verursachen jedes Jahr geschätzte Treibhausgasemissionen von über 1100 Mio. Tonnen.. Das ist zwanzig Mal mehr, als die Schweiz selber emittiert. Sie finanziert damit ein globales Klimawandelszenario von 4 bis 6 Grad Celsius.⁹ Man kann das Fazit auch anders ziehen: Das Geld ist nicht das Problem. Das Problem sind die Investoren und ihre Berater. Sie nehmen ihre Verantwortung nicht wahr.

Warum zögert der Schweizer Finanzplatz?

Warum? - Zunächst muss ich relativieren, denn es gibt Hoffnung: Die Zeichen mehren sich, dass der Handlungsbedarf auch bei den Schweizer Finanzinstituten angekommen ist. Die Bankiervereinigung Swissbanking hat sich die Nachhaltigkeit, den Klimaschutz auf die Fahne geschrieben, die UBS und neustens sogar Credit Suisse haben erste Schritte beschlossen. Die Swiss Re einige Versicherungskonzerne und grosse Pensionskassen tun das schon länger. Und sogar Bundesrat Maurer sieht inzwischen „grosse Chancen für einen nachhaltigen Finanzplatz Schweiz“. Jörg Gasser, CEO der Bankiervereinigung verkündete am Dienstag stolz, nachhaltigen Anlagen seien im letzten Jahr um 80% gewachsen auf stolze 720 Mia.

⁷ NZZ vom 7.6.2016: Schweiz weiterhin führend.

⁸ <http://www.artisansdelatransition.org/rapports.html#carbon-invest-rapports>

⁹ BAFU (2015): Kohlenstoffrisiken für den Finanzplatz Schweiz Zürich/Vaduz, 23. Oktober 2015.

Bei dieser Aussage ist aber Vorsicht geboten. Nachhaltige Finanzprodukte sind in ihrer grossen Mehrheit kein Beitrag zum Klima- oder Artenschutz. Sie schliessen vielleicht Rüstung aus, Gentechnologie, bestimmte Firmen oder Länder, welche soziale Standards nicht einhalten. Unter dem Stichwort „sustainable finance“ laufen viele Produkte mit unterschiedlichster Ausrichtung. Es gibt meines Wissens bis heute noch keinen Paris kompatiblen Fonds und kaum Bankmitarbeitende die uns Sparerinnen und Sparer helfen könnten unser Geld so anzulegen, dass es den nötigen Beitrag zum Klima und Artenschutz leistet. Die beiden Grossbanken UBS und Credit Suisse, vergaben in den Jahren 2015 bis 2017 Kredite in der Höhe von 12,3 Milliarden Dollar für Teersandöl, arktisches Öl, Ultratiefseeöl, Flüssigerdgas, Kohlebergbau und kohlebefeuerte Energie und unterminierten damit das Pariser Klimaabkommen und die offiziellen Klimaziele der Schweiz.¹⁰ Die Schweizer Finanzindustrie muss sich eher den Vorwurf gefallen lassen, dass sie zu spät dran ist, auch im Ländervergleich.

Warum ist das so? - Das hat wohl zwei Gründe. Der eine ist schlicht Ignoranz. Es gibt, das musste ich in Gesprächen mit vielen Verantwortungstragenden aus der Finanzbranche feststellen, schlicht zu wenig Wissen über die Zusammenhänge. Die Verantwortungsträger hören der Wissenschaft nicht zu, verdrängen deren Prognosen oder wissen nicht, was damit anfangen. Mir sind noch vor Kurzem sogar Manager grosser Finanzinstitute begegnet, die nicht wussten, was die Kohlenstoffblase ist.

Der zweite Grund ist wohl die Geschichte, die Tradition. Der Finanzplatz Schweiz ist unter anderem mit Schwarzgeld gross geworden. Das Bedürfnis nach einer reinen Weste hielt sich in Grenzen. Das offizielle Bekenntnis zur Weissgeldstrategie folgte erst vor gut zehn Jahren, als der Schaden schon angerichtet war. Jahrzehntlang hatten Schweizer Banken unversteuerte Gelder akzeptiert oder gar aktiv in die Schweiz geholt. Die wachsende Kritik der ausländischen Regierungen konterte man selbstgerecht und mit saloppen Sprüchen. «Das Bankgeheimnis steckt quasi in unseren Genen» sagte Kaspar Villiger, Bundesrat FDP im März 2000. Und «An diesem Bankgeheimnis werdet ihr euch noch die Zähne ausbeissen» sagte Finanzminister Hans-Rudolf Merz, FDP, noch im März 2008 an die Adresse der EU. Die politische Mehrheit der Schweiz und der Finanzplatz, die immer Hand in Hand gingen, stellten damals auf stur, ignorierten die Zeichen der Zeit und bezahlten später teuer

¹⁰ https://www.banktrack.org/download/banking_on_climate_change/banking_on_climate_change_2018_web_final.pdf

dafür. Einige Schweizer Banken musste Bussen in Milliardenhöhe bezahlen. Die Weissgeld-Strategie kam viel zu spät. Erst im Nachhinein gaben das auch die für dieses Desaster Verantwortlichen zu.

Das sollte der Schweiz nicht noch einmal passieren. Vor diesem Hintergrund ist es hoch anzurechnen, dass Swissbanking in Sachen nachhaltige Finanzen in die Offensive gehen will. Jetzt müssen sie nur noch das Greenwashing abstellen und aufhören in die fossilen Konzerne zu investieren. Denn eines ist klar. Die Finanzbranche muss sich weltweit zwingend neu ausrichten, damit die Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Und den Letzten - das müsste die Lehre aus der Schwarzgeldepoche sein - den letzten beißen die Hunde.

Warum zögert die Politik?

Und warum handelt die Politik nicht rascher und nimmt die Banken nicht in die Pflicht. So wie es die EU macht, die im Eiltempo einen Aktionsplan beschlossen hat, welcher die Finanzbranche auf das Pariser Klimaziel verpflichten will.

In der Schweiz ging politisch noch nichts. Der Klimaschutz kommt in der Bundesverfassung nicht vor und es gibt bisher keine Gesetze oder Verordnungen, die den indirekten und direkten Klimaauswirkungen des Finanzsektors Rechnung tragen. Alle Vorstösse, die verbindliche Regulierungen forderten, wurden bisher abgelehnt. Die ersten dazu wurden vor 6 Jahren eingereicht. Der Bundesrat hat sich mit der Unterzeichnung des Pariser Klima-Abkommens zwar verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Finanzmittelflüsse dem Zweigrad-Ziel dienen. Er setzt aber völlig auf die Freiwilligkeit der Branche.

Der Entwurf zum neuen CO₂-Gesetz, den der Bundesrat zur Umsetzung des Klimaabkommens 2017 präsentiert hatte, erwähnt den Finanzmarkt mit keinem Wort. Jetzt zeichnet sich aber eine Wende ab. Der Ständerat hat korrigiert. Er hat eingefügt, dass die Finanzwirtschaft vom CO₂ ebenfalls betroffen ist. Und er schreibt der Finanzmarktkontrolle FINMA vor die Risiken des Klimawandels auf die Finanzinstitute im Auge zu behalten. Und der Nationalbank schreibt er vor, die Risiken des Klimawandels auf die Schweizer Volkswirtschaft zu beobachten. Ich bin zuversichtlich, dass diese Bestimmungen die Parlamentarische Hürde schaffen.

Das wäre immerhin ein kleiner erste Schritt. Dass das Klima ein Risiko für unser Geld ist, diese Botschaft ist in Bern angekommen. Dass das Geld, falsch investiert, eine Gefahr ist für das Leben auf unserem Planeten. Diese Botschaft hat sich noch nicht durchgesetzt. Die Finanzbranche wehrt sich noch

dagegen, dass sie von der Politik hierzu Auflagen erhält. Aber es ist eine Frage der Zeit, dann wird es dazu Gesetzesänderungen geben. Dies schon nur deshalb, weil alle Grossbanken, welche ihren Marktzugang im Ausland nicht verlieren wollen, fordern werden, dass die Schweiz die Vorgaben des europäischen Aktionsplanes einhält.

Die ersten Vorstösse, in denen ich Klimaschutz von Anlegern einforderte, schrieb ich vor 6 Jahren. Inzwischen ist das Thema dank den Klimastreikenden definitiv in Bern angekommen. Allein in der letzten Session waren es etwa zehn Vorstösse. Der Druck auf die Finanzinstitute wächst also. Besonders bemerkenswert scheint mir hier ein Vorstoss, welcher im Dezember mit Unterschriften aus allen Parteien eingereicht wurde. Die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshard verlangt vom Bundesrat in einem Bericht darzulegen, welche finanziellen Risiken durch die Biodiversitätsverluste für den Schweizer Finanzplatz entstehen. Das hat wohl damit zu tun, dass die begründete Ungeduld der Klima-Jugend auf einen eingespielten Politikbetrieb, der seit Jahrzehnten der Gemächlichkeit fröhnt. «Gäng wie gäng» heisst es in Bern.

Und doch sind einschneidende Veränderungen global unabdingbar um, der Klimaerhitzung und dem Artensterben Einhalt gebieten zu können. „Gäng wie gäng“ hat ausgedient. „Gäng wie gäng“ führt in die Katastrophe.

Es braucht einen raschen Umbau des Wirtschafts- und Konsumsystems. Alle Akteure und alle Institutionen sind gefordert ausserordentliche Anstrengungen zu unternehmen, und ihren Teil zur Erhaltung der Vielfalt und Schönheit unseres Planeten und zur Vermeidung grosser menschlicher Tragödien beitragen.

Und dazu gibt weder Alternativen noch Ausreden.